Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 284. | Dresden, Freitag den 8. Dezember 1911. | 22. Jahrg.

Die Junker an das Volk.

Ein Wahlaufruf für die Allerdümmsten.

Der Wahlaufruf der konservativen Partei beginnt mit der allgemeinen Feststellung: „Reichstagswahlen von höchster Bedeutung stehen uns bevor.“ Dies ist eine äußerst treffende Bemerkung, aber auch die einzige dieser Art, die in dem Aufruf zu finden ist. Liegt doch die Angst vor dem Gerichtstag den Junkern und ihrer schwarzen Schutztruppe schon seit Monaten in den Gliedern. „Jetzt geht es aufs Ganze!“ rief Junker Heydebrand in Breslau. „Diesmal wird es scheußlich!“ ließ sich ein anderer Agrarierhäuptling in einem unvorsichtig geführten Privatgespräch stöhnend vernehmen.

Der Aufruf verläßt dann aber sofort den Pfad der Wahrheit, um zu behaupten:

> Die deutschkonservative Partei geht ihnen mit dem Bewußtsein treuester Pflichterfüllung, mit der Ruhe und dem Mute des guten Gewissens entgegen.

Fürst Bülow sagte, die Konservativen hätten ein frivoles Spiel mit den Interessen des Reiches getrieben. Herr v. Bethmann-Hollweg erklärte, die Konservativen förderten ihre Parteiinteressen, schädigten aber die Interessen des Vaterlandes. Die Konservativen selbst sagen: „Autorität, nicht Majorität.“ Die „Autoritäten“ urteilen also über die konservative Partei anders als der konservative Wahlaufruf.

Für uns sind diese Autoritäten nicht maßgebend. Zufälligerweise haben sie aber diesmal recht. Und wie müssen es die Konservativen getrieben haben, wenn selbst zwei Reichskanzler sich zu solchen Urteilen über sie genötigt sehen!

Der konservative Wahlaufruf fährt dann fort:

> Wir überlassen es gern dem Urteile der Wähler und der Geschichte, ob unsere Abgeordneten nicht recht daran taten, als sie das große nationale Werk der Reichsfinanzreform nach fünf Monate langer Verschleppung durch eine entschlossene Tat zustande gebracht haben, trotz der gewissenlosen, nur der Sozialdemokratie förderlichen Steuerhetze, die wir vorausgesehen haben. Aber ohne Belastung des Volkes war das Reformwerk überhaupt nicht ausführbar, und manche der bewilligten Steuern mag auch nicht einwandfrei sein. Anders war es jedenfalls nicht zu Ende zu bringen und es mußte um des Vaterlandes willen gemacht werden. Wir sind unseren Abgeordneten deshalb dankbar, sie haben das Reich aus seiner jämmerlichen Schuldenwirtschaft befreit, haben ihm gesunde Finanzen geschaffen, haben die Mittel geliefert, unsere Rüstungen zu Wasser und zu Lande aufrecht zu erhalten, unsere Beamten auskömmlich zu besolden und die soziale Versicherungsgesetzgebung zu fördern.

Wie steht's nun mit dem guten Gewissen, wenn die Konservativen in ihrer Herzensangst vor der Abrechnung selber gestehen müssen, daß manche der bewilligten Steuern nicht einwandfrei sind? Wie niederträchtig müssen diese Steuern sein, wenn ihre Schöpfer selber zugeben, sie seien „nicht einwandfrei“, wenn sie selber von einer Belastung des Volkes sprechen, die sie verschuldet haben? War aber diese Belastung des Volkes wirklich unvermeidlich? Nein, die erforderlichen Summen hätten durch eine Reichserbschaftssteuer ohne weiteres aufgebracht werden können. Warum haben aber Konservative und Zentrum den ersten, sogar von der Regierung gewünschten ganz geringfügigen Ansatz zur Besteuerung des Erbganges in der direkten Linie abgelehnt? Darüber gibt der Bericht über die entscheidende Sitzung des Reichstags vom 10. Juli 1909 Aufschluß, in dem es wörtlich heißt:

> Abg. v. Heydebrand u. d. Lasa (kons.): Gewiß, ein Opfer allerdings, das uns bei der Vorlage der verbündeten Regierungen angesonnen war, finden Sie in dem jetzt zur Vollendung liegenden Werk nicht: das ist unsere Zustimmung zur Erbschaftssteuer. Die Gründe, die uns zur Verweigerung unserer Zustimmung bestimmt haben, bestehen nach wie vor fort. Ich glaube nicht, daß jetzt der Augenblick ist, alle diese Gründe vor Ihnen nochmals zu entwickeln. Eins aber will ich doch sagen, das, was uns im letzten Grunde und schließlich maßgebend bestimmt hat, unsere Zustimmung zu verweigern, war das Moment, daß wir in einer solchen Steuer nichts anderes sahen und sehen konnten als eine allgemeine Besitzsteuer, und daß wir eine solche allgemeine Besitzbesteuerung, wie ich hier offen bekenne, nicht in die Hände einer auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden parlamentarischen Körperschaft legen wollten. (Nur langsam vermag der Präsident die Unruhe zu dämpfen.) Der Redner wiederholt: nicht gelegt sehen wollen, weil es kein Mittel gibt, mit dem auf die Dauer und wirksam es verhindert werden kann, daß die Sätze und Bestimmungen, die jetzt in der Vorlage stehen, eine Verschärfung erfahren, die schließlich am letzten Ende zur Expropriation des Besitzes führt.

Herr v. Heydebrand war aufrichtig. Der jetzige konservative Aufruf aber lügt. Herr v. Heydebrand war dreist. Der Aufruf aber ist feig. Herr v. Heydebrand schrie es den Wählern ins Gesicht, daß er ihnen die Entscheidung über die Besteuerung des Besitzes nicht in die Hand geben wolle, weil er als Vertreter der Besitzenden diese Entscheidung fürchtet. Die Leitung der konservativen Partei sagt in ihrem Aufruf: „Wir überlassen es gern dem Urteil der Wähler usw.“ Tiefe Verbeugung vor den sonst so mißachteten, urteilslosen Massen! Pfui Teufel, wie klein, wie jämmerlich!

Der Aufruf fährt fort:

> Aber die Wahlen entscheiden auch über die Fortdauer des Schutzes der nationalen Arbeit. Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk und Arbeiterschaft haben ein gleiches Interesse am Weiterblühen unseres Wirtschaftslebens.
>
> Der von den Liberalen gewünschte allmähliche Abbau des Zollschutzes ist im Endziele nichts anderes, als die von den Sozialdemokraten verlangte sofortige und völlige Beseitigung der Zölle.
>
> Deshalb geben Liberale und Demokraten überall im Wahlkampf gegen uns zusammen und unterstützen sich, wo sie können.
>
> Wir Konservativen erstreben für den Landmann keine Teuerungspreise, sondern nur einen mäßigen, aber gesicherten Lohn für seine Arbeit gegenüber dem billiger produzierenden Auslande.

Wunderbare Verwandlung! Also nur der Lohn für geleistete Arbeit in der Landwirtschaft soll gesichert werden? Von landwirtschaftlichen Riesengütern, deren Besitzer Millionengewinne aus dem Schutzzoll ziehen, ohne die geringste Arbeit dafür zu leisten, wissen die Junker nichts. Gibt's denn das überhaupt? — so fragen sie erstaunt. Sie wollen nur den Arbeitslohn schützen, sie, die ihren Arbeitern Jahreslöhne von 400 M. und darunter zahlen!

Seit der Einführung des neuen Zolltarifs schwimmen die Junker im Gelde, aber die Not der Kleinbauern und das Elend des ländlichen Proletariats sind unverändert geblieben.

Der konservative Aufruf macht eine Anleihe beim sozialistischen Programm, wenn er so tut, als wollten die Junker nur den Arbeitslohn des Landmanns schützen. Von der arbeitslosen Grundrente, die die Junker beziehen und die durch den Schutzzoll maßlos hinaufgetrieben ist, schweigt er bescheiden!

Nach einer ziemlich sanft abgetönten Polemik gegen Liberalismus, Hansa- und Bauernbund, die „unsere gesamte Wirtschaftsordnung in Gefahr bringen“, folgt das Haupt- und Schlußstück:

> Wir fordern einen entschlossenen Kampf gegen die vaterlandslose, religions- und eigentumsfeindliche Sozialdemokratie und ihre Helfershelfer. Wir fordern einen wirksamen Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen den immer rücksichtsloser werdenden sozialdemokratischen Terrorismus und Schutz der Arbeitswilligen vor den Bedrängungen der Sozialdemokraten.

Mit aufrichtiger Befriedigung vernehmen wir diese Töne helferer Wut aus dem Munde von Leuten, die allen Grund haben, uns zu hassen und zu fürchten.

Die Junker wissen ganz genau, daß nicht der schwachherzige Liberalismus, sondern die starke, zielbewußte Sozialdemokratie ihrer übermütigen, volksschädigenden Herrschaft den Garaus machen wird. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die sich nie zu Knechtsdiensten für die Junkerclique erniedrigt hat. Die Sozialdemokratie allein hat seit vielen Jahren die Vernichtung der Junkerherrschaft als die nächst dringende Forderung der deutschen Politik angestrebt und planmäßig vorbereitet. Der Sozialdemokratie ist es schließlich auch gelungen, die Junker in eine Lage zu drängen, in der sie das Ende ihrer Macht mit Schrecken herannahen sehen. Was ist also selbstverständlicher, als daß sich der Blick der Bedrohten voll Angst und Haß auf diejenigen richtet, von denen sie ihre Vernichtung zu erwarten haben?

Man erstaunt beinahe, daß die Belagerten dem eindringenden Eroberer nichts anderes entgegenzuwerfen haben als ein paar elend abgeklapperte Phrasen und wirkungslose Beschwörungsformeln. „Vaterlandslos“, „religions- und eigentumsfeindlich“, „Terrorismus“, damit geht dem Aufruf schon der Atem und der Verstand aus.

An innerer Unwahrhaftigkeit und geistiger Armut übertrifft der konservative Wahlaufruf die meisten Dokumente ähnlicher Art. Er ist ein Aufruf an die Allerdümmsten. Wie groß oder wie klein ihre Zahl ist, wird der 12. Januar zeigen.

Der Wahlkampf gegen die Konservativen ist ein Kampf gegen Unkultur und barbarische Unwissenheit. Dieser Kampf ist nicht leicht — aber der Wahlaufruf der konservativen Parteileitung wird ihn sicherlich nicht erschweren!

Wahlkampf.

Gegen die Flottenvereinsagitation

wendet sich in einem Artikel der Berliner Deutschen Nachrichten der Kapitän zur See a. D. L. Persius. Er bezeichnet die Pläne des Flottenvereins als uferlos, die Ansicht, mit Panzerkreuzern den englischen Handel schädigen zu können, als absurd. „Aller Voraussicht nach steht mit der bedeutsamen Umwälzung im Kriegsschiffbau, die durch den Motorantrieb in nächster Zeit bedingt wird, eine Verschmelzung des Linienschiffs und Linienschiffskreuzers bevor. Also gerade bei diesem Typ ist äußerst bedachtsames Vorgehen geboten, sonst werden Millionen fortgeworfen ... Die deutsche Flotte steht heute unbestritten an zweiter Stelle unter den großen Seemächten ... Auf lange Jahre hinaus sichert uns unser Gesetz den zweiten Platz. Warum sollen wir es abermals erweitern? Glaubt man mit einer Wahlparole derart operieren zu können? ... Zu einem aussichtslosen Wettrüsten mit England sollte sich unser Volk nicht verleiten lassen. Die Pläne des Flottenvereins sind uferlos. Werden in diesem Jahre die sechs Panzerkreuzer bewilligt, so verlangt er im nächsten zehn neue Linienschiffe als Ersatz für die veraltete Kaiser- und Wittelsbachklasse. Diese Forderung wurde bereits von einem die Interessen der Panzerplattenfabrikanten vertretenden Berliner Blatt aufgestellt.“

Zum Schluß führt der sicherlich sachverständige Artikelschreiber aus, daß die Erbschaftssteuer, die knapp 40 Millionen erbringen werde, kaum für ein Schiff reichen werde. Und da heißt es:

> Gibt es nicht dringendere Forderungen, falls neue Steuerquellen sprudeln, die zu befriedigen sind? Die Beseitigung der Härten der Besoldungsordnung erfordert 17, die Herabsetzung der Altersgrenze 9, die Veteranenbeihilfe 20, die Fürsorge für die Altpensionäre 30, die Erhöhung der Mannschaftslöhnung 14 Millionen ...
>
> Viel stärkere Besteuerung verträgt unser Volk nicht mehr. Sie durch den Ruf nach dem Bau von Panzerkreuzern herbeiführen zu wollen, zeugt jetzt vor den Wahlen von einem außerordentlich geringen politischen Verständnis. Jeder national Gesinnte muß daher die Agitation des Flottenvereins bedauern und wird ihr aufs schärfste entgegentreten.
>
> Wenn dadurch die Wahlaussichten verbessert werden können, werden die „national Gesinnten“ der Mahnung gewiß folgen — vor den Wahlen. Aber das Volk wird besser tun, sich durch die Zusammensetzung des Reichstags davor zu schützen, daß Tirpitz seine Forderungen bewilligt bekommt. Sicher ist sicher!

•

Zum Schaden noch den Spott!

In einer Wahlversammlung zu Neuenfelde leistete sich Dr. Diederich Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirte, nachdem er sich von seinem Kollegen Dr. Varenhorst hatte über den grünen Klee loben lassen (Bericht der Deutschen Tageszeitung Nr. 620 vom 7. Dezember), folgende Verhöhnung der deutschen Arbeiter:

> ... Ebenso darf derjenige, der seine Zigarre raucht, der seinen Schnaps trinkt, ein wenig für das Reich mitrauchen und ein wenig für das Reich mittrinken. (Große Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Das dürfen auch unsere Arbeiter tun. Sie sollten einmal bedenken, was wir heute an sozialen Lasten für sie aufbringen. In vier Jahren legen wir das für sie auf die hohe Kante, was uns die Franzosen nach dem großen Kriege an Kriegskosten-Entschädigung zahlen mußten, nämlich 5 Milliarden Mark.

Was aber legen die durch Zölle, Grenzsperre und Teuerung ausgewucherten Arbeiter den regierenden Junkern auf die Kante?! Werden die Unternehmerbeiträge zur Arbeiterversicherung nicht aus der Kasse gezahlt, die die Arbeit füllt? Wer bezahlt die ganze Herrlichkeit der Agrarier und das Jubelleben ihrer Söhne, wenn nicht die Massen des erwerbstätigen Volkes in Stadt und Land? Und dafür noch der freche Hohn! Jene Sätze des wackeren Diederich sollten im ganzen Reiche angeschlagen werden!

•

Liberales Kompromiß in Westfalen.

Der Verband der Nationalliberalen des Wahlkreises Altena-Iserlohn hat dem liberalen Kompromiß für die westfälischen Wahlkreise in Dortmund-Hörde, Bochum-Gelsenkirchen und Altena-Iserlohn zugestimmt. Die Nationalliberalen unterstützen danach die Kandidatur des fortschrittlichen Abg. Müller-Iserlohn gleich im ersten Wahlgange, während in den anderen Wahlkreisen die Fortschrittler die nationalliberalen Kandidaten unterstützen. In Dortmund wurde der bekannte nationalliberale Scharfmacher Professor Leidig-Berlin als Kandidat aufgestellt.

•

Schwarzblaue Verbrüderung.

Das Kreiskomitee der Zentrumspartei im Wahlkreis Sprottau-Sagan hat beschlossen, gleich im ersten Wahlgange für den konservativen Rittergutsbesitzer v. Polko einzutreten. — In Altena-Iserlohn tritt das Zentrum unter Verzicht auf einen eigenen Kandidaten für den christlich-sozialen Oberlandesgerichtssekretär Brünemann ein.

•

Schulkinder im Dienste der nationalen Wahlagitation.

In Gröningen und Mögelin (Westhavelland) wird der Wahlbote des nationalen Kandidaten und Reichsverbändlers Görcke von Schulkindern ausgetragen. In Gröningen war der Dorfschullehrer, in Mögelin ein Chausseewärter der Auftraggeber. In Gröningen gingen Schulkinder im Auftrage des Lehrers von Haus zu Haus und sammelten freiwillige Beiträge ein fürs nationale Wahlkomitee.

•

Reichstagskandidaturen. Im Wahlkreise Gießen-Nidda wurde als gemeinsamer Reichstagskandidat beider liberalen Parteien der Sekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, Arkelenz-Berlin, aufgestellt. — Das Kreiswahlkomitee der Zentrumspartei für den Wahlkreis Beckum-Lüdinghausen-Warendorf hat als Nachfolger des Herzogs von Arenberg den Bäckermeister Frencke aus Rheine als Reichstagskandidaten aufgestellt. — Eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte im Wahlkreise Hamm-Soest beschloß mit großer Mehrheit, für den nationalliberalen Kandidaten Kaufmann

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19111208/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG